

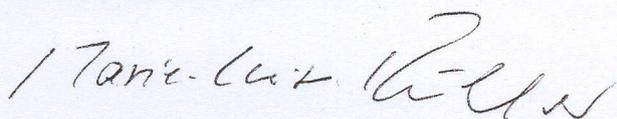
Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) sieht angesichts der demographischen Herausforderungen dringenden Handlungsbedarf, den zukünftigen Pflegepersonalnachwuchs qualitativ und quantitativ sicherzustellen. Der DPR begrüßt, dass das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den zukünftigen Mehrbedarf an Pflegepersonal (ca. 1,5 Millionen bis 2030) durch dreijährig qualifizierte Pflegefachkräfte absichern wollen.

Der DPR hat unverändert grundsätzliche Bedenken gegen die aktuelle politisch beabsichtigte Neufassung der Zugangsvoraussetzungen. Der DPR ist der Überzeugung, dass die Herausforderungen nur in einer grundsätzlichen Neuordnung der Ausbildungsgesetze gelöst werden können.

Der DPR toleriert vor diesem Hintergrund, trotz seiner Bedenken und mit Hinweis auf die abgegebenen Stellungnahmen, die Neufassung der Zugangsbedingungen zur Ausbildung in den nach dem Krankenpflegegesetz geregelten Berufen im Sinne von Zugang mit 10 Jahren allgemeinbildender Schule vorbehaltlich, dass

- dies über eine Modellklausel erfolgt, die die Länder in die Lage versetzt, Abweichungen von § 5 Nr. 2 KrPflG zu ermöglichen, soweit dies in Einklang mit der Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG steht;
- sich das Bundesministerium für Gesundheit dafür einsetzt, die Ausbildungskapazitäten zu sichern und dem o.g. Bedarf entsprechend auszuweiten;
- die Koalitionsparteien die Notwendigkeit erklären, in der nächsten Legislaturperiode eine grundsätzliche Reform der Ausbildung für die Pflegeberufe im Sinne eines Ausbildungsgesetzes für einen Pflegeberuf mit Schwerpunktbildung im Kontext zu einem Berufegesetz Pflege auf den Weg zu bringen;
- die Bundesministerin für Gesundheit die zuständigen Landesregierungen auffordert zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe die Durchlässigkeit in den tertiären Bereich den Erwerb der Fachhochschulreife während der Ausbildung durch ergänzende Bildungsangebote regelhaft zu organisieren (vgl. BT-Protokoll 10. April 2003 BT-Drucksache 15/804);
- die Bundesministerin für Gesundheit anregt, die Fachaufsicht über die Pflegeausbildungen auf die Zuständigkeit der obersten Kultusbehörden in allen Bundesländern regelhaft auszuweiten;
- eine bildungspolitische Initiative zur allgemeinen Regelung der Gleichsetzung von zehn Jahren Hauptschule mit Mittlerem Bildungsabschluss zu ergreifen.

Berlin, den 26. Mai 2009



Marie-Luise Müller
Präsidentin